

# Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Beobachtung  
Tageblatt Riesa.  
Gemeinde Nr. 20.  
Sitzung Nr. 22.

Buchdruckerei  
Dresden 1880.  
Große Straße  
Riesa Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtskommission beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptamts Meissen davorüberlieferter bestimmt Blatt.

Nr. 94.

Connabend, 21. April 1928, abends.

81. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 17 Uhr mit Zusatzheft der Sonn- und Zeitung. Beigabezeitung, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark zu bezahlen durch Post oder Debit. Für den Fall des Überschreitens von Probationsschreitungen, Verhängungen der Höhe und Materialienpreise beladen wir uns das Recht der Weisung und Nachforderung vor. Angestellte bis die Räume des Amtsgerichts sind bis 9 Uhr vormittags einzugeben und im voraus zu bezahlen: eine Gemüse für das Erstellen an bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Grundrente für die 20 m breite, 3 m hohe Wandschrankreihe (6 Säulen) 25 Gold-Pfennige; die 20 m breite Regalschrankreihe 100 Gold-Pfennige. Mitraubender und tabellarische Taxe 50% Kürzung. Zeit-Zettel, Schätzungen und Erfüllungsort: Riesa. Richtige Gewichtsangaben. Gepäck an der Uebe. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes des Druckerei, der Steueranlagen oder der Behördenanlagen — bei der Bezeichnung kann Einspruch auf Sicherung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Beigabezeitung. Rotationsschiff und Verlag: Langes & Winterlich, Riesa. Geschäftsführer: Gustav Winterlich. Riesa. Am Empfang: Wilhelm Winterlich. Riesa.

## Kreditnot der Provinz.

zu. Immer lauter werden die Klagen aus der Provinz, daß es dem dort aufliegenden Handel und den kleineren Gewerbetreibenden ganz unmöglich sei, selbst gegen größte Sicherheit Kredite flüssig zu machen. Es ist eine alltägliche Erscheinung, daß viele Kreditsuchende aus der Provinz nach Berlin kommen, um hier bei Geldinstituten Anknüpfung und Unterstützung zu suchen. In der Provinz ist man eben der Überzeugung, daß die Geldmittel in Berlin zusammenkommen und es hier leichter sei, Geld flüssig zu machen. Tatsächlich ist es jedoch so, daß auch die kleineren Betriebe in Berlin vergeblich nach laufenden Mitteln umschau halten, weil die hier herrschenden Großbanken viel lieber Millionenkredite geben als kleinere Darlehen an den nördlichen Mittelstand. Sehr wohl steht das Geld in Berlin zusammen, und es ist eine Tatsache, wenn es die Großbanken auch abstreiten, daß selbst die von den Filialen der Großbanken in der Provinz gesammelten Gelder nach Berlin weiter gegeben werden, um hier in großen Unternehmungen Anlage zu finden. Das ist ein Zustand, mit dem sich erst in den letzten Tagen die Börse beschäftigt hat, weil sie die Beobachtung macht, daß aus der Provinz keine Kaufaufträge mehr kommen, dagegen aber die Verkäufe übernehmen. Und maßgebende Stellen, die den Mittelstand vertreten wollen, sind sowohl bei den Großbanken, wie an Regierungsstellen vornehm geworden, um hier Abhilfe zu schaffen. Der heutige Zustand ist unhalbar. Mit kleinen Mitteln könnten die Provinzunternehmungen über jede Krise hinwegkommen. Sie werden aber, da sie weder die flüssigen Mittel zum Kauf von Rohmaterialien haben, noch um die laufenden Höhne zu zahlen, zu den größten Einschränkungen gezwungen. Ihnen ist nicht damit geholfen, wenn die Steuerbehörden allein flüssig auf ihre Tage nebst und die Steuern fanden. Es bleiben Schulden, die doch getilgt werden müssen, während sie infolge des Geldmangels ihre Betriebe nicht auf voller Höhe halten und somit Überholte erzielen können.

In den letzten Tagen ist deshalb wieder angeregt worden, eine Reichsgarantie zu schaffen, um einen Kredit für den Mittelstand möglich zu machen und die Banken zu bestimmen, diesen Kredit zu geben. Es hat aber den Anschein, daß die Großbanken, trotz aller Versprechungen, das für begründete Kreditgeschäfte immer zu haben seien, nicht daran denken, von ihrem jetzigen Programm abzugehen. Deshalb müßte die Frage erworben werden, ob nicht die Genossenschaftsbanken bestimmt werden könnten, Kreditinstitute des Mittelstandes zu werden, oder aber die städtischen Kassen. Es ist bereits einmal gerade den Städten und Kreiskassen aufgegeben worden, bei Kreditsuchen des Mittelstandes willkürlicher zu sein, und es sind vom Reich auch bereits vor Monaten für diesen Kredit Mittel zur Verfügung gestellt. Deshalb müßte die Frage erworben werden, ob nicht die Genossenschaftsbanken bestimmt werden könnten, Kreditinstitute des Mittelstandes zu werden, oder aber die städtischen Kassen. Es ist bereits einmal gerade den Städten und Kreiskassen aufgegeben worden, bei Kreditsuchen des Mittelstandes willkürlicher zu sein, und es sind vom Reich auch bereits vor Monaten für diesen Kredit Mittel zur Verfügung gestellt. Aber man hat nicht gehört, daß wirkliche Hilfe geleistet wurde. Man weiß nicht, wo die Mittel blieben, weiß nur, daß ganz minimale Kredite und gegen derartige Sicherheiten gegeben wurden, daß sich kein guter Geschäftsmann um Hilfe von dieser Seite bemüht hat. Man kann diese Angelegenheit nicht genau berühren, denn wir haben nicht nur mit der Großindustrie und dem Großstädtemittelstand zu rechnen, sondern müssen auch an die Provinz denken, die letzten Endes immer noch die Stütze der Gesamtirtschaft ist. Es wäre notwendig, daß auch die Organisationen in den Städten sich einmal mit dieser Angelegenheit beschäftigen und in gemeinsamen Vorstellungen bei den maßgebenden Stellen des Reiches mit entschiedenen Nachdruck auf die Vernachlässigung der Provinz hinweisen. Jetzt ist gerade in der Wahlperiode der jährlinge Augenblick, da auch die Regierung ein offenes Ohr für derartige Beschwerden hat. Man verlasse sich nicht auf die Versprechungen der Großbanken und träume nicht von dem Kapital des Auslandes, das über die Großbanken schließlich nur den großen Unternehmungen, insbesondere Auslandunternehmungen, zuliegt. Die Provinz ist nicht allein dazu da, daß Staatsländer mit Steuern anfallen, sondern sie kann auch den Staat in der Not in Anspruch nehmen, und die Not ist jetzt in einem derartigen Umfang vorhanden, daß man sich nicht verzögern lassen sollte. Schließlich bleibe für die Provinz zu überlegen, ob es überantwortsam ist, mit den Filialen der Großbanken zu arbeiten, deren Sitz nicht in der Provinz liegen. Die Bildung von Genossenschaftsbanken wäre ratsam, die nur für ihren Bezirk tätig sind.

## Der Übernahmevertrag des Reichstags,

der wegen des Verbots des Roten Frontkämpferbundes für Dienstag nachmittag einberufen worden ist, wird sich auch mit der geltenden vom Reichstag angenommenen Entschließung zum landwirtschaftlichen Notprogramm befriedigen. Während ursprünglich der Reichstag gegen den Widerstand der Regierung entschieden hatte, von den 20 Millionen zur Förderung des Ablasses landwirtschaftlicher Erzeugnisse 5 Millionen für Unverbrauchbare der Landwirtschaft abzutrennen, hatte der landwirtschaftliche Kontrollausschuß des Reichstages befürwortet ein Kompromiß dahin gefunden, daß aus den Überflüssen des Staats 1927 5 Millionen für diese Zwecke bewilligt werden sollen. Dem Reichstag genügte die in Form einer Entschließung angenommene Kompromiß nicht; er will vielmehr eine staatliche Sicherung dafür haben, daß diese 5 Millionen tatsächlich aus den Überflüssen des Staats bewilligt werden, und ist der Ansicht, daß der Übernahmevertrag des Reichstags, der an die Stelle des aufgelösten Reichstags getreten ist, in der Lage ist, einen solchen bindenden Beschluss zu treffen. Wie das Nachrichtenbüro des BDB und Kreisen des Reichstags weiß, läuft eine Verständigung über diese Frage im Übernahmevertragshausschluß herbeigeführt werden.

## Japan greift in China ein.

Nach einer Meldung des Wolffischen Telegraphenbroschüres aus London vom 19. April hat sich das japanische Kabinett entschlossen, gegenüber den Vororten in China seine vorläufige abwartende Haltung anzugeben und angefangen des siegreichen Formarsches der chinesischen Truppen nach Norden eine in Anamoyos bereitgestellte Brigade von 5000 Mann mit einer Pionierabteilung und Telegraphentrupp nach Tsinling einzuhüllen, und zwar von Tientsin aus 8 Compagnies japanischer Truppen nach Tschina, der Hauptstadt von Schantung, zu schicken.

Unmittelbare Veranlassung an diesem Beschlus ist offenbar der große Sieg des "christlichen" Generals Feng über die Peking-Truppen, durch den Tschinau bedroht ist, und die Ausübung auf einen Siegreichen Formarsch auf Peking selbst hinausrückt. Bei der unzureichenden Haltung Japans ist es fraglich, ob diese Aktion, die mit dem notwendigen Schutz des Lebens und Eigentums der japanischen Staatsangehörigen in Schantung beginnt wird, dass dies einen soliden Formarsch der Soldaten aufzuhalten oder etwa zu unterstützen. Für letztere Aussicht würde sprechen, daß sich das Verhältnis zwischen Japan und dem Führer der Nordtruppen Chang-Tso-Lin sehr getrieben hat, seitdem die Japaner einen Teil des Mandchukurreichs besetzt haben, eine Besetzung, gegen die die Nordregierung sinnenden Protest erhoben hat. Aber mehr als durch den Erfolg einer oder der anderen Heeresfront wird bekanntlich die Haltung

Japan durch Erwägungen bestimmt, die in die Gesamtpolitik Japans im Hinblick auf Amerika und England hineinfließen.

An und für sich ist es noch nicht gesagt, daß durch Fengs Sieg, obwohl er 3000 Gefangene gemacht haben soll, der Nordarmee ein entscheidender Schlag versetzt worden ist. Die Heere stehen einander an einer langen Front von Hunderten von Kilometern gegenüber, wobei die verschiedenen Gruppen der Südarmee weder militärisch noch politisch besonders einig sind. Man hat sich schon befürchtet, daß alljährlich irgendein militärisches Ereignis China vor die Entscheidung der gesamten politischen Lage zu stellen scheint, während infolge der extremen Ausdehnung der Operationsbasis sich später immer wieder herausstellt, daß die Lage nur ein wenig verschoben, aber keineswegs entscheidend beeinflußt wurde. Vor allem ist immer wieder mit der Überflucht der Generäle unter sich zu rechnen. Man kann sich auch den Gedanken nicht verstellen, daß Japan eine bestimmte Entscheidung zugunsten des einen oder des anderen Teiles aus politischen Machtrücksichten einnehmen gar nicht wünscht. jedenfalls ist dem Eingreifen Japans große Aufmerksamkeit zuwenden, weil es sicherlich nicht ohne Rückwirkung auf die großen in China interessierten Mächte bleiben wird und das Problem einer Auseinandersetzung zwischen ihnen immer näher rückt.

## Landwirtschaftsfragen im Reichstag.

### Die Richtlinien für das landwirtschaftliche Notprogramm vom Reichstag-Ausschuß genehmigt

ab. Berlin. Der Reichstag-Ausschuß zur Durchführung des landwirtschaftlichen Notprogramms beendete am Freitag seine Beratungen über die Richtlinien betreffend Verwendung von Reichsmitteln zur Förderung des Abschlusses landwirtschaftlicher Erzeugnisse.

Bei den Richtlinien für Maßnahmen auf dem Gebiet der Tier-Verwertung teilte Ministerialrat Küchner mit, daß der Überabstand zu 50 Prozent aus dem Auslande kommt und trotzdem noch Schwierigkeiten für den Absatz der heimischen Tier bestehen. Der Regierungsvorsteher erklärte im Einzelnen die in Aussicht genommenen Maßnahmen zur Hebung des Überabstandes und zur Hebung der deutschen Gehülfenzucht. Der Ausschuß nahm den betreffenden Teil der Richtlinien mit einigen Änderungen an. Danach soll u. a. noch bestimmt werden, daß auch für die "Gesäßgelenk-Beratung" Vorsorge getroffen wird.

Bei den Vorstslägen für das Gebiet von Obst und Gemüse wies Ministerialrat Streit darauf hin, daß jetzt die Einfuhr auf 505 Millionen RM gegenüber 217 Millionen im Jahre 1913 gestiegen sei. Trotzdem hätten unsere Erzeuger Schwierigkeiten. Eine Rendierung sei nur im Einzelnen mit dem Großhandel möglich. Der Regierungsvorsteher begründete die in Aussicht genommenen Maßnahmen im einzelnen. U. a. sollen danach Überwinterungs-einrichtungen für holdbares Obst und Gemüse und Versteigerungsunterstände mit den erforderlichen Räumen in weiterem Maße eingerichtet werden. Die Kreditinstitute zur Förderung des deutschen Gartenbau soll durch vorübergehende Beteiligung des Reiches gefährdet werden.

Der Ausschuß erklärte sich auch mit den hier in Aussicht genommenen Wohnabnöben einverstanden, an denen insbesondere Rendierungen vorgenommen wurden, ebenso weiterhin mit den Maßnahmen auf dem Gebiet der Kartoffelverwertung. Genehmigt wurden ferner die Mittel zur Bekämpfung der Geißelkrankheiten und die Bestimmungen über die Verwendung der in Aussicht gestellten Mittel im allgemeinen und über die Art der Unterhaltung, sowie über die Brütingunterlagen für Gewährung von Unterstützungen und über die Verteilung der Mittel. In der Gesamtabstimmung wurden die vom Ausschuß in einigen Punkten geänderten Richtlinien gegen die Stimmen der Kommunisten genehmigt. Wegen der Rendierung muß der Reichstag nochmals mit den Richtlinien beschäftigen.

### 9000 deutsche Parlamentskandidaten.

M. Berlin. Die Kandidatenauflistung ist noch nicht bei allen Parlamenten beendet; aber schon jetzt läßt sich erkennen, daß die Zahl der Parteien, die Wahlkreisabläufe einzeln, erheblich größer sein wird als bei den letzten Wahlen. Eine Berechnung ergibt, daß am 20. Mai rund 9000 deutsche Männer und Frauen für den Reichstag und die einzelnen Landesparlamente kandidieren werden. Die Anzahl der Reichstagskandidaten muß auf mindestens 6000 gestiegen werden. In Preußen wird man für dieses Jahr mit 8200 Bewerbern zu rechnen haben. Da am 20. Mai außer im Reich und Preußen auch in Bayern, Württemberg, Anhalt und Oldenburg gewählt wird und man die Kandidaten für diese Landesparlamente insgesamt auf 900 schätzen kann, so ergibt sich eine Zahl von mehr als 9000 Bewerbern um einen Sitz im Parlament des Reichs oder einzelner Länder.

### Die Gesetzestext-Berordnung angenommen.

ab. Berlin. Der Reichstag beschäftigte sich am Freitag abend in einer öffentlichen Sitzung mit der neuen Gesetzestext-Berordnung. Die Berordnung bringt neben der vom Reichstag beschlossenen Herabsetzung des zollfreien Gesetzestext-Kontingents auf 50000 Tonnen eine grundsätzliche Rendierung insofern, als die Zollfreiheit in Zukunft nur auf Ander-Gesetzestext beschränkt wird, während sie bisher für Gesetzestext allgemein galt. Die weitere Rendierung liegt darin, daß das Kontingent jetzt nicht mehr dem Handel, sondern bestimmten Großstädten und Industrie-Gebieten zur Verfügung gestellt wird, die in der Berordnung einzeln aufgeführt sind. Der Reichstag hat den Kreis der in der Regierungsvorsteher-Berordnung aufgezählten Gemeinden noch erweitert. Eine weitere Rendierung hat der Reichstag insofern an der Berordnung vorgenommen, als er darüber als der ursprüngliche Regierungsentwurf die Rendierung bestimmt, daß das Fleischerei-Gewerbe und der Großhandel bei der Rendierung des Kontingents einzuhalten sind. Die Berordnung verbietet weiter die Verarbeitung des zollfreien Gesetzestextes zu Wurst und die Abgabe an Gastr. und Speisewirtschaften. Schließlich spricht die Berordnung aus, daß das zollfreie Gesetzestext zur Verarbeitung der minderwertigen Fleischsorten verboten werden soll. Die genauere Festlegung dieses Begriffes bleibt den Ländern überlassen. Der Reichstag stimmt die Berordnung mit den erwähnten Änderungen zu.

Der Reichstag stimmt in seiner heutigen Sitzung den Richtlinien des landwirtschaftlichen Notprogramms für die Organisation und Förderung des Ablasses von Schlachtwiegen und Fleisch zu.

Zu den Richtlinien für die Verwendung der 20 Millionen zur Förderung des Ablasses landwirtschaftlicher Erzeugnisse wurde eine Entschließung angenommen, die sich auf den Boden der Entschließung des landwirtschaftlichen Kontrollausschusses des Reichstages (Bemäßigung von fünf Millionen aus allgemeinem Haushalt des Landwirtschaftsministeriums) stellt und die Reichsregierung erlaubt, diese Entschließung dem Lieferwirtschafts-Ausschuß zur Stellungnahme vorzulegen. Wenn der Lieferwirtschafts-Ausschuß, der jetzt die Stelle des aufgelösten Reichstages vertritt, durch seine Zustimmung die Durchführung der Entschließung garantiert hat, dann will der Reichstag auch den Richtlinien über die Verwendung der dreizeig Millionen zustimmen. — Reichsnährungsminister Schiele sprach der Vertreter Preußens, Ministerialdirektor Dr. Breit, und der Vertreter Sachsen, Dr. med. Alfred Grill, zu.

### Demokratischer Wahlvorschlag für Sachsen.

Die Vertreterversammlung des Wahlkreisverbandes Sachsen der DDP hat für die Reichstagswahl folgende Liste aufgestellt:

1. Reichsminister a. D. Dr. Röhl, M. d. R., Dresden
2. Professor Dr. Kahler, M. d. R., Dresden
3. Bürgermeister Dr. Kohlendanz, Bitterfeld
4. Frau Elisabeth Müller, Dresden
5. Landwirt Zimmer, Bautzen
6. Malermeister Halm, Freital
7. Stadtkämmerer a. D. Karl Wagner, Borsig, Riesa
8. Mittelenteinerverein, Borsigwerke
9. Gewerkschaftsekretär Paul Beyer, Bitterfeld
10. Pfarrer L. M. D. Theol. Karl Menius, Dresden
11. Fabrikarbeiter Max Hartmann, Freital
12. Dr. med. Alfred Grill, Bitterfeld